

Die zionistische Opposition.

Interview mit Prof. Alex. Marmorek.

(Z. P. J.) Mit Rücksicht auf die bekannte oppositionelle Stellung, die Max Nordau und Prof. Alex. Marmorek bekanntlich einnehmen, ist es von Interesse, das System einzuschauen, das sie erst vor kurzem im „Jüdischen Chroniker“ (Artikel, betitelt: „Nacure“ veröffentlicht) in der Pariser Korrespondenz des Z. P. J. Dr. Max Nordau und Prof. Dr. Alex. Marmorek um die Mitteilung, ob sie am Kongress teilnehmen, resp. welche Stellung sie dort vertreten würden, da sie ja heute von der zionistischen Föderation Frankreichs zu Kongressdelegierten gewählt worden sind. Nordau erklärte, daß er aus verschiedenen Gründen, vor allem aus Gesundheitsgründen, nicht nach Karlsbad gehen werde.

Prof. Dr. A. Marmorek äußerte u. a., daß das hauptsächlichste Motiv seines Verbleibens die unerhörte Art sei, in der die Kongressdebatten gemacht worden seien. Man habe die Föderationen in große und kleine eingeteilt, den ersten Privilegien gewährt und die letzten ihrer Rechte beraubt. Niemand habe man derart die Macht mißbraucht; es sei dies nur mit der Absicht geschehen, die Stimmen der Opposition zu ersticken. Der Exekutive und dem großen A. C. sei sehr wohl bekannt, daß es am Kongress sehr viel Dinge zu sagen geben würde, die fürchten sie und hätten deshalb den Weg versperrt. Der beste Protest gegen dieses Vorgehen sei das Fernbleiben.

Auf die Frage, welches die Situation der Bewegung sei, antwortete Marmorek: Die Situation ist schlecht und daran sind nur die Führer Schuld. Sie tragen die Schuld an allen Krisen, die die Bewegung jetzt durchläuft. Nordau und Simon und die Elemente von der Spitze der Organisation entfernt hatten, haben sie sich in willkürlicher Weise der Macht bemächtigt. Da sie nicht unter dem Geist der freien Diskussion leben, überall als absolute Herren zu handeln, und sie selbst nach Amerika gegangen, um auch dort Missgunst zu säen, während sich in Palästina die tragischen Ereignisse abspielten und ihre Gegenwart anderweitig notwendig machten. Der Rücktritt von Persönlichkeiten wie Brandeis, Wolf und Wise wird die Bewegung auf die Verwirrung haben, was leicht vorauszusagen ist. Prof. Marmorek fügte hinzu, daß er persönlich keine Rolle spielen will. Er konzentrierte nur die Kräfte ihrer Föderation. Man habe Millionen in den Wind gestreut, man habe die mit vielen Ephemeren vom Volke zusammengebrachten Fonds vergeudet. Er glaubt, daß es erste Pflicht des Komittees sein muß, Kommissionen von unabhängigen Personen einzusetzen, um die politische und finanzielle Führung der Exekutive und des „Jüdischen Chroniker“ in Jerusalem zu prüfen. Er legt besonderen Wert auf das letzte. Das ist das einzige, was die Opposition von dem Kongress verlangt.

Die russischen Juden und der Zionistenkongress.

(Z. P. J.) Wie verlautet, haben die russischen Zionisten den Plan, nach dem Kongress den russischen „Merkas“ nach Berlin zu verlegen, und eine Expositur in London einzurichten. Es hat sich erwiesen, daß London nicht der geeignete Ort ist, weil von dort aus ein Kontakt mit den russischen Zionisten sehr schwer aufrecht zu halten ist. Es müßte sehr schwer aufrecht zu halten sein. Es geht auch das Gerücht, daß deren ehemaliges Zentralorgan der „Naswet“, in Berlin wieder erscheinen soll, u. zw. unter Redaktion seines früheren Redakteurs, Jelsohn, der gegenwärtig den „Saalam“ leitet. Alle diese Projekte sind jedoch noch ganz vage, und es soll noch vor dem Kongress die Führung der russischen Zionisten stattfinden. Wie viele Delegierte aus Sowjetrußland zum Kongress kommen werden, ist bis heute nicht mit Sicherheit zu sagen. Ein russischer Delegierter, der erst vor drei Wochen Rußland verlassen hat, äußerte sich dem Berliner A.-Korrespondenten der „JZ“ gegenüber, darüber sehr pessimistisch. Die Reise aus Sowjetrußland ist in den meisten Fällen sehr langwierig und man kann daher nicht wissen, ob selbst die bereits unterwegs befindlichen Delegierten rechtzeitig in Karlsbad eintreffen werden. Ueber die zionistischen Verhältnisse in Rußland äußerte sich der erwähnte Delegierte, der der jüngeren zionistischen Generation angehört, folgendermaßen:

Seitdem im vorigen Sommer die ganze russische Delegiertenkonferenz verhaftet worden war (auch unser Gewährsmann kam damals ins Gefängnis), wurde die zionistische Organisation verboten; die Delegierten wurden im Juli wieder freigelassen. Die Zionisten können daher keine offene Organisationsarbeit leisten, sondern führen die Arbeit unter verschiedenen Formen in fast allen Städten Rußlands. Jede zionistische Arbeit ist sehr erschwert durch Mangel an jeglicher Information, so daß sich die dortigen Zionisten vor allem vom politischen

Problem keine Vorstellung machen können. Es gibt auch eine Reihe von Sonderorganisationen, vor allem den „Hachawer“, die Organisation der Studenten und Gymnasialisten, mit mehr als 50 Gruppen und 1500 Mitgliedern, vor allem in Weißrußland, Großrußland und Sibirien. Der „Hachawer“ hatte vor kurzem eine Konferenz in Moskau, zu welcher sogar Delegierte aus Sibirien kamen; das bedeutet eine Reise von 3 Wochen hin und ebensoviel wieder zurück. Ferner existiert die Turnerorganisation „Makabi“ mit vielen Vereinen. In Odessa wurde ein zionistisches Merkaz gegründet. Die „Zeire Zion“ sind gespalten, die Rechten sind volkssozialistisch und gehören der Landesorganisation an, ihr Merkaz ist in Odessa. Daneben gibt es die linke Zeire Zion, die im Mai vorigen Jahres eine Konferenz in Charkow hatten und dort beschlossen, als zionistisch-sozialistische Partei eine Föderation zu bilden. Die Zeire Zion sind in Südrussland und der Ukraine stark, während es in Großrußland beinahe keine gibt, daher auch keine Reibungen zwischen allgemeinen und Zeire Zion. Der „Chalutz“ ist stark verbreitet, arbeitet beinahe in allen Städten, seine Chawerim arbeiten auf dem Lande und in Werkstätten, wofür jetzt in Rußland sehr günstige Möglichkeiten sind.

Ueber die Vertretung Rußlands auf dem Kongress äußerte unser Gewährsmann: „Da es in Rußland unmöglich ist, Scholim zu sammeln, haben die russischen Zionisten als Maßstab ihrer Stärke die Wählerzahl zur 7. russischen Landeskonferenz angenommen, welche 1917 stattfand. Damals gab es in Rußland 140.000 Schekelzahler. Danach hätte Rußland Anspruch auf 70 Delegierte, über deren Zulassung freilich erst der Kongress entscheiden muß. Davon wurden 22 Mandate den russischen Führern übertragen, die jetzt schon im Ausland sind. Von den übrigen Delegierten werden wahrscheinlich nur sehr wenige rechtzeitig zum Kongress in Karlsbad eintreffen können. Eine Anzahl Delegierter ist bekanntlich nach Konstantinopel gekommen und wird von dort erwartet. In wirtschaftlichen Fragen ist die Stimmung ausgesprochen reaktionär. Man ist gegen jede Art von Nationalisierung und Sozialisierung misstrauisch. Die meisten Gefinnungsgruppen stehen auf dem Standpunkt, daß Palästina privatrechtlich aufgebaut werden soll. Die russischen Juden können allerdings jetzt wenig beitragen, aber es gibt eine ganze Anzahl Leute mit 200—600 Pfund, die etwas in Palästina unternehmen wollen. Die zentrale Frage, die die russischen Zionisten interessiert, ist die Legalisierung der Emigration. Das ist auch die einzige Forderung, die wir zum Kongress mitbringen. Wir wünschen, daß Verhandlungen darüber mit der Sowjetregierung eingeleitet werden. Wir sind überzeugt, daß die Regierung uns entgegenkommen würde, bestritten nicht die störenden Einflüsse des jüdischen Komittees. Als vor drei Monaten eine Delegation zu Kamenev kam, die für die 12.000 Flüchtlinge an der rumänischen Grenze die Ausreisepässe verlangte, erteilte Kamenev die Bewilligung, aber in der Ukraine wurde die Sache durch jüdische Kommunisten wieder hintertrieben.“

Ueber die Zukunft der Juden in Rußland äußerte sich der Gewährsmann sehr pessimistisch. Er meint, Rußland werde ein zweites Spanien werden und seine ganze Judentum verlieren. Der Antijemitismus ist zwar jetzt unterdrückt, aber er ist sehr stark. Das sonstige jüdische Leben erstreckt sich auf Kulturarbeit, besonders für die hebräische Sprache, zu erwähnen ist auch speziell die jüdische Universität in Petrograd, die von der Regierung subventioniert wird. Die religiösen Gemeinden, die erlaubt sind, leisten große soziale Arbeit.

Weltkongress der Hitaibuth.

Sonntag, den 28. August wurde die zweite Weltkongress der jüdisch-sozialistischen Volkspartei „Hitaibuth“ in Anwesenheit von etwa 60 Delegierten eröffnet. Sprinjal (Palästina) berichtete über die Aufgaben und Ziele der Partei. Nach ihm referierte Dr. Martin Buber über zionistische Politik. (Z. P. J.)

Kongress der Studentenschaft.

Seit Freitag, den 26. August tagt in Karlsbad der Weltkongress der zionistischen Studentenschaft, auf dem 50 Delegierte aus allen Weltteilen vertreten sind, sowie seit Samstag die jüdische Turnerschaft vieler Länder.

Die Zionistenkongresse.

Von Adolf Böhm, Wien.

Die Schaffung des allzweiten Zionistenkongresses war die erste große organisatorische Tat Herzls. Zum ersten Mal in der jüdischen Diasporageschichte sollten erwählte Delegierte von Juden aller Länder, die das zionistische Programm akzeptiert hatten, zusammenkommen, um offen vor aller Welt über die Lösung der Judenfrage durch Selbsthilfe der Juden zu beraten.

Nach großen Schwierigkeiten gelang es Herzl, den ersten Zionistenkongress zusammenzubringen.

Der erste Kongress tagte in Basel vom 28. bis 31. August 1897. Alterspräsident war Doktor Lippe, ein Führer der rumänischen Chawerim. Herzl entwickelte in einer kurzen Rede von lapidarem Stil das zionistische Programm. Die seither berühmten Sätze: „Der Zionismus ist die Heimkehr zum Judentum“ und „Der Rückkehr ins Judentum“, „Ein Volk kann nur sich selbst helfen; kann es das nicht, dann ist ihm nicht zu helfen“, stammen aus dieser Rede. Es folgte eine solche Max Nordaus, in welcher er in schärfster Weise die geistige, sittliche und materielle Judennot entrollte. Nathan Birnbaum hielt das Kulturreferat. In verschiedenen Reden von Berichterstattern aus den wichtigsten Ländern wurde ein Bild der traurigen Lage der Juden entrollt. Die wichtigsten Beschlüsse des Kongresses betrafen die Festlegung des zionistischen („Baseler“) Programms und die Schaffung der Grundlagen für die Organisation. Zu ihrem Präsidenten wurde Theodor Herzl gewählt. Professor Schapira (Heidelberg) hat schon am ersten Kongress die Gründung einer jüdischen Universität in Jerusalem und die Schaffung eines jüdischen Nationalfonds beantragt.

Der zweite Kongress tagte vom 28. bis 31. August 1898 in Basel. Moskin hielt das Referat über den Stand der jüdischen Siedlung in Palästina. Wolfsohn berichtete über die Vorarbeiten zur Gründung der jüdischen Kolonialbank.

Der dritte Kongress tagte vom 15. bis 18. August 1899 in Basel. In seiner Eröffnungsrede sprach Herzl zum ersten Mal in offizieller Weise davon, daß er beabsichtige, von der Türkei einen „Charter“ zu verlangen.

Der vierte Kongress tagte vom 13. bis 15. August 1900 in London. Herzl hatte diesen Ort gewählt, weil er die englische öffentliche Meinung für den Zionismus gewinnen wollte, was er in seiner Eröffnungsrede andeutete.

Der fünfte Kongress tagte vom 26. bis 30. Dezember 1901 in Basel. Auf ihm trat zum ersten Male die „Demokratisch-zionistische Fraktion“, der unter anderen Ruber, Feinmel, Wolfsohn, Weizmann, angehörten, in Aktion. Ihr Programm war jenes, das später unter den Bezeichnungen „evolutionistischer“, „praktischer“, „synthetischer“ Zionismus zum Siege gelangte. Durch Gegenwartsarbeit in der Diaspora, kulturelle und kolonialisatorische Arbeit in Palästina sollen Volk und Land entwickelt werden, dann der Zionismus könne nicht durch einen bloßen diplomatischen Erfolg, sondern nur durch stetige Arbeit verwirklicht werden. Am fünften Kongress war aber diese Richtung noch zu schwach, die Zeit war noch nicht reif dafür, daß diese Forderungen allgemein hätten erkannt werden können. Es wurde nur die Parole von der nötigen Arbeit zur „Gebung“ der Juden ausgegeben. Weizmann verlangte die Schaffung einer jüdischen Universität in Jerusalem. Am fünften Kongress wurde ferner der jüdische Nationalfonds geschaffen. Es wurde beschlossen, die Kongresse weiterhin nicht mehr alljährlich, sondern jedes zweite Jahr abzuhalten.

Der sechste Kongress tagte vom 23. bis 28. August 1903 in Basel. Ihm lag das Uganda-Angebot der britischen Regierung vor, wodurch sich die Verhandlungen sehr förmlich gestalten. Die strengen Palästinafeinde verließen zum Teil unter Führung Tichonows den Saal, aber trotzdem wurde der prinzipiell wenig befugende Antrag, das Aktionskomitee möge eine Expedition zur Erforschung des von England angebotenen Territoriums entsenden, nur mit 295 gegen 178 Stimmen angenommen. Von Wichtigkeit war auch ein Referat Oppenheims, der die Schaffung von Siedlungsgemeinschaften in Palästina empfahl. Der Kongress beschloß die Einsetzung einer Palästina-Kommission, bestehend aus Professor Warburg, Dr. Franz Oppenheimer und Dr. Eschkin.

Die letzte Einigkeit über das Uganda-Projekt fiel erst am siebenten Kongress. Herzl war inzwischen am 3. Juli 1904 gestorben.

Der siebente Kongress tagte vom 27. Juli bis 2. August 1905 in Basel. Nordau hielt die Gedächtnisrede auf Herzl. In einer außerordentlichen Tagung wurde die Uganda-Frage erledigt. Der Bericht der Kommission über die Eignung des Territoriums lautet: sehr ungünstig. Bangwill und sein Anhang verlangten, daß von der britischen Regierung ein anderes Territorium verlangt werden solle. Die „Klone Zion“ unter Führung Wolfsohns schlugen alle Versuche der Territorienlisten, beratige Beschlüsse zu erreichen, unter großen Stürmen ab; in den gefassten Resolutionen wurde die Organisation unverrückbar auf Palästina festgelegt, und nach dem eindrucksvollen Bericht der Palästina-Kommission wurde beschlossen, in Palästina praktische Arbeit zu leisten. Dies war der erste Erfolg der „Praktiker“ gegen die rein „politischen“ Zionisten. Die Leitung wurde paritätisch aus Praktikern (Warburg, Nathan Birnbaum, Wolfsohn) und Politikern (Oppenheimer, Eschkin, Marmorek) unter Vorsitz David Wolfsohns zusammengesetzt.

Der achte Kongress tagte vom 14. bis 21. August 1907 in Haag. Ihm lag damals das zweite Bredenzentraktat vor, umwelt und es handelte die Hoffnung, ihre Aufmerksamkeit durch die Abhaltung des Kongresses auf die Judenfrage zu lenken, was aber nicht gelang. Auf diesem Kongress wurde endgültig zugunsten der Aufnahme der praktischen Palästinaarbeit entschieden. Die prinzipielle Debatte stand auf großer Höhe, seitdem der Praktiker hatte besonders Weizmann mit einer tief aufzuführenden Rede gewirkt. Von sonstigen Beschlüssen war von Wichtigkeit, daß die hebräische Sprache als offizielle Sprache der Bewegung erklärt wurde. Auf diesem Kongress spielte sich zum ersten Mal ein Kampf um die Leitung ab. Wolfsohn verlangte, um die Leitung aktionsfähig zu machen, daß sie nur aus drei Personen bestehen sollte, er wollte die russischen Zionisten auf ihre Ausschaltung, was ihm nur mit Mühe gegen eine erhebliche Opposition gelang. Es wurden gewählt: Wolfsohn, Warburg (Palästina-Präsident) und Kann.

Der neunte Kongress tagte vom 26. bis 30. Dezember 1909 in Hamburg. Nordau, der auf allen Kongressen bis zum zehnten eine großprogramatische Rede nach der Eröffnung hielt, sprach sich diesmal mit dem durch die im Juli 1904 erfolgte jüdische Revolution eingetretenen politischen Umstrukturierung in der Türkei. Er erklärte in Uebereinstimmung mit dem Aktionskomitee die Veränderung des Baseler Programms für unnötig. Den Chartergedanken mußte man achtungsvoll ins Archiv des modernen politischen Zionismus legen und dürfte nicht mehr davon sprechen. Da gab es eine Deutung des Wortes „öffentlich“ im Baseler Programm. Dieses habe bloß den Sinn, daß die Zionisten nur auf Grund eines Vertrages mit der Pforte Palästina bekommen wollten. Franz Oppenheimer hielt ein Referat über die Siedlungsgemeinschaften, worauf eine einstimmig beschlossene wurde, einen Versuch mit einer solchen in Palästina zu machen. Das Hauptinteresse des Kongresses galt der Lehungsfrage. Die evolutionistische Richtung hatte schon auf diesem Kongress Wolfsohn zu führen versucht; sie besaß die Mehrheit zwar im Permanenzsaal, aber nicht im Plenum des Kongresses. So konnte sie mit ihrer Liste nicht durchbringen, die Vorgeschlagenen erklärten, eine eventuelle Wahl nicht annehmen zu wollen, und so mußte die bisherige Leitung unter Wolfsohn in vergrößerter Nachschub gegeben werden, die Geschäfte bis zum zehnten Kongress weiterzuführen. Dieses Ergebnis zeigte tiefe Niedergeschlagenheit in den Reihen der aufstrebenden nationalradikalen Richtung, und über diese hinaus war in der ganzen Bewegung die Enttäuschung allgemein. Man fürchtete eine Spaltung der Organisation. Der neunte Kongress blieb den Algeriern in sehr heftiger Erinnerung. Ein „zweites Hamburg“ mußte unbedingt vermieden werden — das was das Gefühl aller Zionisten, was dazu beitrug, daß auf der Jahreskonferenz 1910 die Einigung erfolgte.

Der zehnte Kongress konnte daher unter glücklichen Auspizien abgehalten werden. Er fand vom 9. bis 15. August 1911 in Basel statt. Zum ersten Male war auf diesem Kongress ein Referat über Emigration angesetzt. Leo Moskin entwickelte den zionistischen Standpunkt in bezug auf das jüdische Wanderungsproblem. Er befürwortete die Einberufung eines allgemeinen jüdischen Auswandererkongresses und sagte, die Parole der Zionisten in bezug auf die Emigrationsfrage sei: 1. Organisation und Regelung der Emigration; 2. Konzentration, nicht Zerstückung der Siedler; 3. Ausnützung aller Anstellungsmöglichkeiten im nahen Orient. David Friedländer verlangte die Schaffung eines zionistischen Emigrationsamtes.

Auf dem zehnten Kongress wurde zum ersten Male ein Teil der Verhandlungen (jener über die Kulturfrage) ausschließlich in hebräischer Sprache geführt. Die Angehörigen der Mischna-Gruppe wollten die Kulturfrage überhaupt nicht behandelt wissen. Auf ihren Antrag wurde beschlossen, daß in den von der zionistischen Organisation geschaffenen Institutionen für Kulturarbeit nichts unternommen werden sollte, was der jüdischen Religion widerspreche. Die auf der Jahreskonferenz 1910 vereinbarte Neuregelung der Organisation wurde zum Beschluß erhoben. Nach ihnen wurde der Sitz der Leitung in ein größeres jüdisches Zentrum verlegt, die Zahl ihrer Mitglieder auf fünf bis sieben festgesetzt und bestimmt, daß das Exekutive Aktionskomitee sich aus einem Vorsitzenden wählen sollte, so daß nicht der Kongress einen Präsidenten der Organisation wählen habe. Wolfsohn erklärte seinen freiwilligen Rücktritt. In bezug auf die praktische Palästinaarbeit wurde eine Reihe von Vorschlägen zum Beschluß erhoben. Die neue Leitung wurde ausschließlich den Reihen der Praktiker ernannt. Sie bestand aus Warburg (Vorsitzender), Eschkin (stellvertretender Vorsitzender), Kann, Wolfsohn, Solomow.

Der neugewählte Leitung gelang eine Verbesserung, Stärkung und Nationalisierung der zionistischen Bewegung. Den jahrelangen Streit zwischen Politikern und Praktikern und den dadurch verursachten Konflikten um die Leitung geschwächten Organisation, so daß der nächste Kongress unter günstigen Auspizien abgehalten werden konnte.

Der elfte Kongress, dem eine Weltkongress der Hebräisten vorangegangen war, tagte vom 2. bis 9. September 1913 in Wien unter dem Präsidium David Wolfsohns. Zur Eröffnung wurde zum ersten Mal auch eine hebräische Rede gehalten. Mitglied des A. C. Dr. Eschkin sprach. Nordau war zum ersten Mal dem Kongress beigewohnt. Er fandte ein Begrüßungsreferat, in dem er u. a. sagte, daß die mit harter Arbeit

[illegible]

Reren Saiessod.

Zusammenſchluß amerikaniſcher
Kauflente für den Paläſtina-
Grundfonds.

Die Vereinigung amerikanischer Kaufleute (Edridge Street), zu der Detailhändler und Grosshändler gehören, hat im Monat Juli eine große Bazaar eingeleitet, um für den Aeren Haefold (Waffina-Grundfonds) 1 Million Dollar aufzubringen. Auf einem großen Parkett im Broadway Central Hall wurde der Zusammenschluß der Kaufleute gefeiert. (Zifo.)

Die Ueberrahme der zwei palästinenischen Schulen des Hilfsvereins der deutschen Juden" durch den Verein Haiesoff ist Ende Juli feierlich vollzogen worden. Wie erinnerlich, hat der Verein Haiesoff die Schulgrundstücke mit ihrem ganzen Inventar käuflich erworben. (Zifo.)

Allen Gajeffob-Boche in Amerika.

In den Vereinigten Staaten sind Ende August eine neuen Haifisch-Bohle veranlaßt, bei welcher die erste Million Dollar für den Acrea Haifisch einspariert werden soll, damit Dr. Weizmann diesen Betrag dem Kongress in Karlsbad übergebe. Eine halbe Million wurde bereits in hoc erfolgt, die zweite Hälfte muß unbedingt bis zum 1. September eingezahlt werden.

Young-Judeans für Aeren Hajessod.

30. Jahreskonferenz der Young-Judeans fasste den einstimmigen Beschluss, den Aeren Hajesef mit allen Kräften zu unterstützen sowie alles Erforderliche zu unternehmen, um die Gründung einer modernen landwirtschaftlichen Kolonie der amerikanischen Young-Judeans in Palästina.

America.

Boris Goldberg spricht seine Meinung, wie viel Amerika für den Keresassod aufbringen kann, dahin aus: Meiner Meinung nach kann Amerika im Verlaufe von 5 Jahren die ganzen 75 Mil.

r des Ker

bringen. Gerade in diesem Punkte bin ich optimistisch, denn die Wirtschaftskrise in Amerika beginnt bereits zu weichen. Sie wird wohl noch eine Zeitlang dauern, aber die Lage bessert sich bereits. Es ist auch anzunehmen, daß in den folgenden Jahren Amerika nicht so sehr durch die Hilfsarbeiten in Anspruch genommen sein wird wie bisher. Amerika hat durch die drei bedeutenden

sien Hilfsorganisationen, etwa 50 Millionen Dollar für Hilfswerte aufgebracht und ungefähr ebensoviel für andere Institutionen. In der Zeit, da die Hauptarbeit an der Hilfsstätigkeit konzentriert war, war es schwer, für Palästina viel zu tun. Nun, da die Hilfsstätigkeit stark verringert wird, wird mehr für Palästina geleistet werden können. Wenn wir werden zeigen können, daß wir mit den aufgebrauchten Ären Saffelbädern

kolonien geschaffen, Städte gebaut, die jüdische Bevölkerung in Palästina vergrößert, neue Wirtschaftszweige eingeführt haben, würde aus Amerika Geld nicht fehlen. Der Amerikaner ist praktisch und wir müssen zugeben, daß unsere Arbeit in Palästina in den letzten Jahren nicht allzu praktisch geführt wurde.

Inland.
Politische Situation in Podkarpaten Rus.

Der Jüdische Nationalrat veröffentlicht folgendes Communiqué: In seiner letzten Sitzung hat sich der Jüdische Nationalrat mit der politischen Situation der Juden in Karpathoruthen befaßt. Die eingehenden Berichte lassen erste

sicherweis erkennen, daß nach wie vor die
denkschaft von Karrathoruklund hinter dem an-
vom Jüdischen Nationalrat vertretenen Grun-
prinzip einer wahrhaft jüdischen Politik steht. Des-
ses Prinzip beinhaltet die Konstituierung der

mit allen Rechten einer solchen, wie dies durch Verfassung der scheidensowalischen Republik gewährleistet ist. Der Jüdische Nationalrat konstatirt, daß die aus lokalen Verhältnissen sich gebenden Parteischattierungen innerhalb der

land dieß 3 Grundprinzip nicht angetastet habend, und spricht die bestimmte Zuversicht aus, daß an Zukunft an diesem gemeinsamen einigen Grundprinzip bei aller Wahrung der berech-

ten Anschauungs-differenzen im interjüdischen Leben festgehalten werden wird. Nur durch Einigkeit in der entscheidenden Aktion kann die jüdische Sache in Karpathorußland gefördert werden. Unreinigkeit kommt einer Vorschleibung an unsere Ehre hin für zuträgen und nachträglichen Schaden gleich. Im Hinblick auf die besondere Wichtigkeit und Verantwortlichkeit der jüdischen Politik in Karpathorußland wurde einstimmig und ohne Widerspruch beschlossen, daß die Mitglieder des Nationalrates niemals selbständig sondern zuerst erst nach Vorberatung im Präsidium des Nationalrates an politischen Aktionen (außer atherussischen Judenaktion) teilnehmen dürfen. Die karpathorußische Judenaktion wird eruch politische Wünsche, Korrespondenzen usw an das Präsidium des Jüdischen Nationalrates (Prag, Seletna 22) und nicht an einzelne Mitglider des selben zu richten.

Die jüdischen Studenten zur
Universitätsstudium in Gali-
zien wieder zugelassen.

„Kurl. Warf.“ meldet: Das Unterrichtsministerium hat einen Erlaß an sämtliche Universitäten der Republik gerichtet, daß zufolge Aufhebung des Kriegszustandes der Ministerialbeschluß, welcher die Aufnahme von Studenten, die ihrer Militärpflicht nicht genügt haben, an die Universitäten verhielt, außer Kraft gesetzt wird.

(Dieser Erlaß hat besonders die jüdischen und ukrainischen Studenten in Ostgalizien betroffen, die, obwohl es in Ostgalizien laut internationalem Recht keine Militärpflicht gab, von den Universitätsbehörden vom Besuch der Universitäten ausgeschlossen waren. Es wird sich nun zeigen, ob die Universitätsbehörden den Erlaß des Unterrichtsministers, der einem schweren Unrecht steuert, in entsprechender Weise durchzuführen werden.)

Aus der Chronik der jüdischen
Gasse.

Jüdische Flüchtlinge berichten von neuen furchtbaren Judenpogromen in der Ukraine, Kreile Gaiin (Hobosien) haben ukrainische Banden 250 Juden ermordet.

Das „Komitee der jüdischen Delegations“ erhielt eine Liste der im Juli pogromierten Dörfer: Kozlowitsch, Kutobolla, Klobokow, Krasla, Kolopecsi, Kanielschi, Slomawitsch, Kasse, Dubnowa, Letzige usw.

Aus Riga wird berichtet, daß der Hauptorganisator der Judenpogrome in Weiskopfla Golaß, getötet wurde. Außerdem wurden Pogrom-Mannane Lutschenko, Simonen Terefschenko von sowjetischen Truppen gefangen genommen.

Die Sowjetbehörden in Georgien sind bereit, einer Anzahl von Personen Ausreise nach Persien zu verschaffen.

Der litauische Ministerpräsident M. K. Mickevičius lud alle jüdischen Abgeordneten zu einer Besprechung ein, bei der er erklärte, daß der Regierung Antisemitismus ferne liege.

Die polnische Gesellschaft „Kozwoł“ organisiert für den November eine große Konferenz „Reinernen“ der Juden. Auf dem Programm der Konferenz befindet sich auch ein Punkt: polnische Mittel, die Polen von den Juden zu freien.

In Pinst hr. ein großer Brand die
Sage nach mehr als 1000 Jahre alte Syna-
gingesichert. Mehr als 5000 Menschen sind
dachlos.

Die Palästina-Zentrale der Synagoge in Jerusalem hat von der Regierung ein Erleichterungsgesetz für Palästina-Reisende erlassen.

In Lemberg fand unter Vorsitz des P
myller Rabbis Schmeller eine Misrachila
renz statt, bei der 11 Delegierte anwesend wo

In Warschau verstarb einer der letzten
 ranten der „Hasidim“, Sechszel Kotik;
 Abändigen „Lebenserinnerungen“ erscheinen
 in deutscher Uebersetzung.

Tate Ronescu, der rumänische Minister, sprach sich freundlich über den Zinnus aus, er halte ihn für eine sowohl für Sitten, als auch für die ganze Welt erfreuliche Erregung.

Der bekannte jüdische Schriftsteller Sator ist aus Odessa nach Rumänien geflüchtet hat die Einreisebewilligung nach Amerika erhalten.

Nach einem neuen Gezeigenthum sind die vom magharischen Magnatenhaus (Páris) ausgeschlossen, die israelitische Landes-
Tel wendet sich an den Russizminister mit
Eingabe, in der sie eine Vertretung für die
den verlangt.

Die Aguda beauftragt für den 13. Septe-
ber eine Konferenz von Großkaufleuten in Wien
zur zweck bestimmten Gründung einer Hand-
els- und Erwerbsgesellschaft in P
sting

Die Vereinigung der jüdischen
Schriftsteller und Künstler: „Garnach“ in
eröffnet ein Konzertbüro zur Zentralisierung
jüdischen künstlerischen Veranstaltungen“

Das Hauptorgan der deutschen Katholiken, „Germania“, veröffentlichte einen scharfen antizionistischen Artikel, der den Zionismus als eine Gefahr für Palästina bezeichnet.

In Berlin wurde ein neuer jüdischer Verlag „Alal“ begründet, an dem das deutsche Verlagshaus Ullstein mitbeteiligt ist; die Leitung des Verlages hat der ehemalige ukrainische Minister Laski-Wartolbi übernommen.

In Berlin wird am 1. September in der Kommandantenstraße ein jüdisches Theater eröffnet.

In New York wurde eine jüdische dramatische Schule eröffnet.

Politisches gegen die Juden in Polen.

Das „Lodzer Tagblatt“ berichtet: Die antisemitische Bewegung in Polen wendet immer scharfere und gefährlichere Mittel an. In der Lodzener Presse wird die Judenfrage ungehört und scharf betrieben, man predigt vollständigen Boykott der Juden, um das ehemals preussische Gebiet „judenrein“ zu machen. Die Polen in Polen wollen nach dem Muster des zaristischen Russlands einen „Anschlußsrahm“ für die Juden. Ihren Reformvorstellungen verleiht die Lodzener Presse durch Terror und Boykott Nachdruck. In den Kreisen dieser Bewegung stehen die Kriminalbeamten, welche gegenüber den sogenannten „Kongreganten“, das sind die Juden, die aus Kongregaten nach Polen kommen, die größten Schikanen anrichten, damit ihnen die Lust vergehe, noch einmal in das schreckliche Gebiet von Polen zu kommen.

An der Spitze der antisemitischen Bewegung in Polen steht eine Schwarze-Hundert-Organisation, die „Gesellschaft zum Schutze der polnischen Interessen“. Sie hat sich nach ihren eigenen Worten „zur Aufgabe“ gemacht, über den polnischen Charakter Polens und Pommerens zu wachen und die jüdische Welle von dem letzten Winkel Polens, der noch frei von der dem polnischen Organismus schädlichen jüdischen Parasitenplage ist, fernzuhalten. Diese Organisation, welche sich bisher mit „Aufklärungsarbeit“ begnügte, hat sich jetzt zu einer energischen Aktion, zur Ausrottung der Juden in Polen, aufgerafft. Sie hat einen Aufruf in der Lodzener Presse veröffentlicht, welcher den Verleumdungen und Beschimpfungen der Juden folgt und zum vollständigen Judenboykott auf allen Gebieten aufruft.

Der Aufruf weist darauf hin, daß ein „Strom von Händlern, Agenten, Vermittlern und Risikanten in erschreckender Stärke das Land übersetzt“ hat, daß jüdische Firmen und Agenturen sich in Polen niedergelassen haben, dem „einzigen Gebiete, welches bisher das Okkupationsrecht nicht kannte und sich des deutschen Judentums kraftvoll und mit Erfolg erwehrt“ hat. Daher appelliert die Gesellschaft an die großen Massen „ohne Unterschied der politischen Überzeugung“, daß jeder gute Pole „mit Hand anlegen“ soll, um das Lodzener Gebiet vor den Juden zu schützen. Dazu bedürfte es nur der Organisation.

Die Gesellschaft fordert sich „an die Gutsherrn, Bauern, Industriellen, Kaufleute, Handwerker Arbeiter mit der Aufforderung, keine jüdische Vermittlung in Anspruch zu nehmen, keine Handelsbeziehungen mit jüdischen Firmen anzuknüpfen, Juden keine Lebensmittel, Waren und Fabriken zu verkaufen, ihnen keine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen und ihnen keine Vertretungen zu übergeben. Die Inhaber von Häusern, Pensionen und Wohnräumen sollen keine Juden aufnehmen, weder vorübergehend noch dauernd, selbst wenn sie den sehr hohen Preis zahlen. Hotels und Restaurants müssen ihre Lokale vor Juden mahnen, Prospektus-Führer sie nicht fahren. Redaktionen nationaler Zeitungen mögen vor der jüdischen Gefahr warnen und energisch zum Boykott der Juden auffordern.“

Der Aufruf schließt: „Beginnen wir sofort mit dem Schiffschub; denn jeder Tag, den wir vergeblich bringt uns dem Ruin durch diese Parasiten näher. Und die Lösung sei: „Polen, Pommeren, Schlesien judenrein! Wieder mit dem Judentum!“

Dieser Boykottaufruf ist die nationaldemokratische Welle in Polen. Die polnischen Nationaldemokraten haben sich Polen als besonders dunkles politisches Feld erwählt und haben zuerst den antisemitischen Rüststift in die politische Bewässerung dieses Gebietes geschleudert. Der bereits zu bedauerlichen Größe geführt hat. Aber der Rüststift hat auch dort Schaden angerichtet, wo er es nicht sollte. Der einmal gewetzte Chauvinismus in Polen hat sich nicht los von den Juden gerettet, sondern auch gegen die „Brüder“ aus Kongregaten und der hermetische Abschluß Polens gegen das übrige Polen hat die Folge. Daraus ergab sich ein Antagonismus, der heute eine Gärung hervorgerufen hat. In dieser Verlegenheit haben die Nationaldemokraten auf das bewährte Mittel zurückgegriffen und lassen die Juden durch ihre Exponenten den Judenboykott predigen. Die rassistischen Juden kamit, aber ob sie sich nützen und ihren stark gesunkenen politischen Einfluß noch werden stärken können, da heute in Polen die größte Unzufriedenheit herrscht, ist sehr fraglich. (W. M. 3.)

Streik als antisemitisches Preszionsmittel.

Der „Wiener Morgenzeitung“ entnehmen wir einen Brief aus Lodz: In der Textilindustrie unseres Bezirkes ist eine große Zahl jüdischer Arbeiter tätig, jedoch nur im Handbetrieb. Denn seit der mechanische Betrieb eingeführt wurde,

men, da — ihre polnischen Kollegen dies nicht zulassen. Nun geht aber der Handbetrieb immer mehr zurück und die jüdischen Arbeiter werden auf diese Weise blos, wenn es ihnen nicht gelingt, in den mechanischen Betrieben unterzukommen.

Ein bezeichnender Vorfall, der zeigt, wie die internationale Klassenolidarität des Proletariats von organisierten Mitgliedern der polnisch-sozialdemokratischen Partei (P. P. S.) respektiert wird, spielte sich in der Fabrik der hiesigen Firma W. Wachs ab. Als die Firma in ihrer Fabrik den Handbetrieb einschränkte, mechanische Arbeit aufstellte, und an diesen jüdische Arbeiter beschäftigten wollte, leisteten die Vertreter der Arbeiterschaft, lauter organisierte Sozialdemokraten, dagegen energischen Widerstand und verlangten überdies, daß jüdische Handwerker, welche schon vor dem Kriege in der Fabrik beschäftigt waren, nach der Demobilisierung nicht mehr auf ihren Arbeitsplatz zurückkehren dürfen und durch polnische ersetzt werden müssen. Als infolge der Vorstellungen der jüdischen Arbeiterverbände die Firma Wachs sich auf die Seite der jüdischen Arbeiter stellte und diese wieder aufnahm, wendete die polnische Arbeiterschaft in schamloser Weise — den Streik als antisemitisches Preszionsmittel an. Nur die Drohung, daß die Fabrik gänzlich geschlossen werde, brachte die „rassenbewussten“ Proletarier zur Mäßigung.

Das Beispiel ist auch in anderer Hinsicht lehrreich. Die Textilfabriken in Lodz werden vornehmlich von Juden und Deutschen betrieben. Daß die jüdischen Unternehmer jüdische Arbeiter den Translokationen ihrer polnischen Kollegen aussetzen und gegen antisemitische Forderungen der polnischen Arbeiter keinen Widerstand leisten, ist leider die Regel. Der Fall Wachs ist eine Ausnahme.

Ein Bostoner Jude — Direktor des Außen- und Innenhandels in Amerika.

Einer Meldung aus Washington zufolge wurde ein Bostoner Jude, Professor Julius Klein, vom Präsidenten Harding zum Direktor des Bureau für Außen- und Innenhandel bei der Regierung der Vereinigten Staaten ernannt. (W. M. 3.)

Für die Ausreise von Scholem Aleichems Kinder aus Rußland nach Amerika.

Die amerikanisch-jüdische Schriftstellerversammlung „J. A. Perez“, richtete ein Telegramm an Lenin in Moskau mit der Bitte, den in Sowjetrußland verbliebenen Kindern Scholem Aleichems die Ausreise nach Amerika zu erlauben, da die bevorstehende Herausgabe einer vollständigen Ausgabe der Werke Scholem Aleichems die Umwesenheit der Erben des Dichters notwendig mache.

Abdankung des Emir Abdallah?

„Saarez“ will in Erfahrung gebracht haben, daß der in Ostjordanland zum Oberhaupt der Verwaltung eingesetzte Emir Abdallah abgedankt hat. Als Ursache soll die wachsende Unsicherheit im Ostjordanland dienen, zu deren Bekämpfung der Emir englische Verstärkungen erbat. Der Oberkommissar hat die Abdankung nicht angenommen. Wie verlautet, soll die Reise des Colonel Lawrence zu Hussein, dem König von Hebschas, dem Vater Abdallahs, mit dieser Angelegenheit in Zusammenhang stehen.

„Jüd. Rundsch.“

Ansiedlung von Juden in Mexiko. In New-Yorker interassierten Kreisen werden gegenwärtig zwei Vorschläge betreffend die Ansiedlung jüdischer Auswanderer in landwirtschaftlichen Kolonien erörtert. Einem Vorschlage gemäß soll nach Abschluß eines Uebereinkommens mit der mexikanischen Regierung — anbaufähiger Boden von den Staatsdomänen oder von Privatbesitzern erworben und jüdische Kolonisten aus Europa zur Ansiedlung eingeladen werden. Der zweite Vorschlag verlangt den Ankauf von Boden in Kalifornien, um für den nach Aufhebung der gesetzlichen Einwanderungsbeschränkungen zu erwartenden Einwanderungsstrom Aufnahme- und Arbeitsstätten für jüdische Kolonisten vorzubereiten.

Tafe Zoness für den Zionismus.

Der rumänische Außenminister Tafe Zonessu gewährte einem Mitarbeiter der Zeitung „U. Relet“ eine Unterredung, in deren Verlauf er sich auch über seine Stellung zur zionistischen Bewegung äußerte. „Ich lehne“, begann der Minister, „den Zionismus schon seit langem. Schon vor Jahren hatte ich Gelegenheit, mit einigen intimen Freunden Theodor Herzl zu sprechen, die an der zionistischen Bewegung aktiv teilnahmen. Ich fragte sie damals, ob sie die Errichtung des Judentums für möglich hielten. Ich dachte selbstverständlich nicht an ein so mächtiges Land, in welchem sämtliche 14 Millionen Juden Platz finden würden. Aber es wirkte wohlwollend auf mich, von ihnen eine überzeugende, ermutigende Antwort zu hören. Auch ich bin überzeugt, daß das jüdische Volk die Errichtung und die Festigung zur Staatsgründung und auch zur grundlegenden landwirtschaftlichen Arbeit beisteht. Denn es ist nicht wahr, daß die Juden nur Bodenerarbeitung nicht imstande sind. In Bessarabien gibt es viele jüdische Gemeinden, deren Bewoh-

ner mit Landwirtschaft beschäftigt.“ Tafe Zonessu schloß seine Ausführungen, indem er erklärte, daß der Zionismus „sowohl vom Gesichtspunkt der Juden als auch von dem der ganzen Welt“ eine erfreuliche Bewegung sei. (Zifo.)

Araber bitten um hebräischen Unterricht.

Eine Anzahl von arabischen Eltern aus Hebron hat sich an das Erziehungsdepartement der zionistischen Organisation mit der Bitte gewandt, ihre Kinder in die hebräische Schule in Hebron senden zu können. Sie sprachen der zionistischen Kommission im Vorhinein ihren Dank aus. Der Bitte wurde stattgegeben.

Poincare über die Judenfrage.

Der ehemalige französische Ministerpräsident Poincare machte, wie „Jewish Times“ melden, einem führenden französischen Zionisten Mitteilungen über Frankreichs Stellung zur Judenfrage, wobei er betonte, daß Frankreich allen den Juden gemachten Versprechungen treu bleiben werde. Er, Poincare, habe sich auch für eine jüdische Emigration nach Frankreich erklärt, weil die Juden rasch zu guten und patriotischen Bürgern würden. In Frankreich gäbe es keine Gefahr antisemitischer Exzesse, und falls sie ausbrähen, würden die Ruheherren strengstens bestraft werden.

Eine jüdische Esperanto-Zeitschrift.

Die Vereinigung jüdischer Esperantisten beschloß die Herausgabe einer Esperanto-Zeitschrift zum Zwecke der Verbreitung des Esperanto unter den Juden und Bekanntmachung der Esperantisten mit der jüdischen Kultur. Die Zeitschrift wird von Wilhelm Haller redigiert sein.

Politische Chronik.

Der Völkerbund und die Juden.

Stanislaw Negmann, Mitglied des Völkerbundes, hat sich während seines Besuches in Polen dem Warschauer Vertreter des „Kurjer Lwowski“ gegenüber geäußert, daß das Sekretariat des Völkerbundes auf Intervention der polnischen Regierung beschlossene habe, die beim Völkerbunde einlaufenden Klagen und Beschwerden jüdischer Organisationen über die Lage der Juden in Polen, erst zwei Monate nach deren Ueberreichung, unter die Mitglieder des Völkerbundes zirkulieren zu lassen, damit der polnischen Regierung Gelegenheit geboten werde, sich zu den Beschwerden zu äußern. Die Mitglieder des Völkerbundes erhalten daher die jüdischen Beschwerden zusammen mit der Antwort der polnischen Regierung.

Der Völkerbund und die jüdischen Flüchtlinge.

Wie der Londoner „Zeit“ aus Paris berichtet wird, hat die „Jca“ dem Büro des Völkerbundes in Genf, bei dem eine Sektion für russische Flüchtlinge eingerichtet wurde, einen Plan zur Schaffung einer besonderen Sektion für jüdische Flüchtlinge unterbreitet. „Jca“ ist der Meinung, daß man zu diesem Zweck unter den Juden eine Million Pfund ausbringen kann.

Grez Israel. Politisches.

Die Verfassung.

Unter der Überschrift: „Palästina und der Völkerbund“ wird in der „Times“ unter anderem ausgeführt:

Das lange erwartete Mandat für die Verwaltung von Palästina im Auftrag des Völkerbundes dürfte in der ersten Hälfte des nächsten Monat der englischen Regierung zur gestellt werden. Der Text des Entwurfes für dieses Dokument, der unter Teilnahme der englischen Regierung zustande kam, ist bereits bekannt. Es scheint nun, daß seither ein zweites Dokument, eine Art Verfassung für Palästina vorbereitet und dem Völkerbund zu dem Zweck unterbreitet wurde, es, mit der Sanction versehen, gleichzeitig mit dem Mandat zu erlassen. Es herrscht die Auffassung, daß die Bestimmungen des Mandats nach ihrer Herausgabe nur mehr durch den Völkerbund selbst geändert oder auch nur zum Teile forrigiert werden können. Soweit sich diese Auffassung auf das Mandat selbst bezieht — meint das Blatt — ist sie ja nicht ohne Berechtigung. Es ist jedoch zu hoffen, daß die Verfassung in keiner Weise als ein Anhang oder eine Ergänzung des Mandats in dem Sinne aufzufassen ist, daß die Völker Palästinas keine Macht haben, das Instrument, durch welches ihre politische Existenz beherrscht wird, zu verbessern, ohne den Völkerbund zu befragen. Es ist vielmehr sehr erwünscht, daß die Bestimmungen der vorgeschlagenen Verfassung so rasch als möglich

veröffentlicht werden, damit die britische öffentliche Meinung die Möglichkeit habe, sie einer Kritik zu unterziehen, solange sie noch ein abänderlicher Entwurf ist. Die gegenwärtige Unsicherheit in Palästina wird nicht durch eine Verfassung beseitigt, die mehr oder weniger ein fait accompli darstellt und in keiner Weise der öffentlichen Diskussion unterworfen war. Wir müssen daran erinnern, daß Palästina sich vor dem Kriege gewisser konstitutioneller Rechte erfreute und seine gewählten Abgeordneten in eine volksvertretende Körperschaft entsandte. Die Freiheiten und die verfassungsmäßigen Rechte der Palästinenser dürfen unter der britischen Verwaltung des Mandats des Völkerbundes nicht geringere sein, als sie unter der Herrschaft des letzten türkischen Sultans waren.

Die Unsicherheit im Ostjordanland.

„Saarez“ veröffentlicht ein Zitat aus einer arabischen Zeitung, in der in einem offenen Brief an den Oberkommissar und an den Emir Abdallah über die in der letzten Zeit wachsende Unsicherheit im Ostjordanland Klage geführt wird. Die Beduinen überfallen ganze Dörfer, nehmen die Herden mit und plündern die Felder usw. Die Bevölkerung lebt in dauernder Angst und ist gezwungen, oft mit den Beduinen regelrechte Kämpfe zu führen. Die Zeitung fordert von der englischen Regierung, die das Mandat über Palästina übernommen hat, daß sie für die Sicherheit von Leben und Eigentum der friedlichen Einwohner Sorge trägt. Die Zustände im Ostjordanland sind für uns insofern von Interesse, als sie die Lage im Orient beleuchten, zumal in einer Gegend, in der man mit Bolschewismenmärchen und Zionismus nicht operieren kann. J. K.

Die arabische Delegation bei Churchill.

Der Kolonialminister empfing im Parlament die arabische Delegation, welche ihm folgende Forderungen überreichte:

1. In Palästina soll eine nationale Regierung gebildet werden, welche einem von den Völkern, die schon vor dem Kriege in Palästina gewohnt haben (Christen, Mohammedaner und Juden), gewählten Parlament verantwortlich ist. Die Zusicherungen, welche im Jahre 1915 in der Vertrag mit König Hussein von Hebschas den Arabern für ihren Kampf gegen die Türkei gemacht wurden, sind von England zu bestätigen.
2. Der Grundlag der Schaffung einer nationalen Heimstätte für die Juden in Palästina ist abzuschaffen, da er mit der Sicherung der Rechte der Araber nicht vereinbar ist, indem zum Beispiel in den Staatsämtern Juden in größerer Zahl aufgenommen werden, als ihrer Bevölkerungsquote entspricht, und indem die Exekutive und Gesetzgebung im Lande den zionistischen Führern übergeben wurden.
3. Die jüdische Einwanderung nach Palästina ist bis zur Schaffung einer nationalen Regierung und der Schaffung von Gesetzen zur Regelung der Emigration, entsprechend der Aufnahmefähigkeit des Landes gänzlich einzustellen.
4. Alle Gesetze, welche seit der Okkupation des Landes erlassen wurden, sind abzuschaffen, es sollen bis zur Gründung der Nationalregierung keine neuen erlassen werden.

Kolonialminister Churchill antwortete der Delegation, er werde alles tun, um die Forderungen der arabischen Delegation zu erfüllen, er finde jedoch nicht, daß zwischen den Grundlinien des Vertrages vom Jahre 1915 mit König Hussein und der Verpflichtung der Regierung gegenüber den Juden ein Widerspruch bestehe.

Die Delegation wird von Churchill noch einmal empfangen werden, um die einzelnen Punkte zu erörtern.

Arabische Bepreschungen im englischen Kolonialamt.

Die arabische Delegation wurde wieder im Kolonialministerium empfangen, wo sie mit einem der höchsten Beamten des Ministeriums verhandelte. Die Beratungen waren vertraulich und bestritten lediglich die Möglichkeit einer Verständigung mit den zionistischen Führern.

Wahlvorbereitungen in Palästina.

Die Regierung hat für den 25. August ein Meeting christlicher und mohammedanischer Araber einberufen, um ihren Rat in bezug auf die projektierten Gemeinderatswahlen und die Durchführung in den Mittelschulen einzuziehen. (Aus dieser Meldung läßt sich entnehmen, daß die jüdische Bevölkerung Palästinas sich von den jüdischen Wahlprüfungen fernhält, da sie sich vor Ratifizierung des Mandats die Vertretung abspricht.) (W. M. 3.)

Intervention des Waad Leumi zugunsten der Ausgewiesenen in Palästina.

Das Präsidium des Waad Leumi erhob bei High Commissioner Finckh den Protest gegen die im Zusammenhang mit den Wahl-Gesetzgebungen erfolgte Ausweisung jüdischer Arbeiter aus Palästina. Der Waad Leumi wird darauf hin, daß die

ach Janggel, David Taub, Adolf
Schlichtmann, Josef Salomon je 10.
Broschüre vom Vorstand der J. G.
20, zusammen K 100.—
Summe der Abgabenden Spenden K 1676.—
Selbstausgaben.

Broschüre: „Wahnsinn“ 50,
Eg. im Hotel Deutsch 80, zusammen
4 Bäume im Herbstwald K 120.—

Lundenburg: „M. Herzfelder d.
S. M. W. „Halsbrot“ gesammelt im
„Halsbrot“-Ant. Hochzeit ihres A.
H. Karl Wesseln und Jng. Emil
Leusch, Wlad. Altsch, Paul Ro-
senfeld aus demselben Anlasse, Do-
ktor Leop. Gurekta a. N. seines ver-
storbenen Bruders Komrad Gurekta,
Josef Schmitz a. N., Jakob Schmitz
a. N., Lissi Ehrenfeld a. N. ihrer
Mutter Jenni und Moritz Ehren-
feld a. N., Jng. Edm. Gold a. N.,
Jenas Niesen Gold, Minna und
Paul Neumann a. N. Robert Neu-
mann, Paul Rosenfeld a. N. Adolf
Rosenfeld i. N., zusammen 10 A. K 300.—

„Ostrau: Dr. Felix Winterstein
1 B. a. N. Paula Löw i. N. K 30.—

„Strakonitz: „M. L. L. u. Sport-
verein „Malabi“ ant. „Halsbrot“ 10,
lag 5 B. im Herbstwald K 150.—

„Trag: „Aus unserer Dittsche ant.
Halsbrot“ eingegangen:

„Tabbing: Paul Spiegel 10;
Lugau: Julius Hauser 30;
Politz: Eliahu: Oberabbiner
J. Wehmann 30; Brunn: Ar-
nold Wachsmann 30, Siegmund Pa-
ul 60; Unga: Brod: Johann
und Moritz Brief 60; Godingen
E. Moritz 20; M. Schönbauer
Marie Rubinfeld 100; Prerau:
Bedrika Weiss 60, Wladis-
law: Fr. Singer 10; Zmit-
tau: Ludwig Engel 30; Hoch-
mald: Em. Kneka 30; Loschitz:
Leop. Ehrlich 30; Brunn: E.
Weinart 20; Olmütz: Emil
Weinart 10; Bagdad: J.
Erich 30; Jägerndorf 10;
Altn: Jüdisch Buch 30; zus. K 600.—
Summe der Abgabenden Spenden K 1210.—

Gelbes Buch.

„Kauzisch: Eintragung Josef
Landau: Eintragung 10,
Wlad. Hubert 150, Ador Ador
100, Oskar Urie 25, Josef Landau,
Mig. u. Hons Ador je 20, zu-
sammen K 325.—

„Stahmit: Eintragung Zioni-
stische Ortsgruppe: Zion. Ortsgruppe
dank Oberabbiner Grünbaum-Ing.
Ostra für seine Leistung bei Herz-
felder 10, Nebenwenzel Bert. 10,
Winterstein Frieda 20, Nebenwenzel
Otto, Essinger Robert je 5, zu-
sammen K 50.—
Summe K 375.—

Selbstausgaben.

„Aumantel: Leo Blau, Jänner
— Juni 1921 K 180.—

Büchsenlieferung.

„Erlach: Joma J. Meiner 33.50,
Dr. v. Gerschl 22, W. Münch 16.60,
H. Kraus 14, E. Merz 11, L.
Münch 8.35, L. Deister 6.65,
H. Richter 4.30, zusammen K 116.14

„Zabre a. O.: J. Arpente 36,
H. Zoller 9.64, S. Seifert 10,
S. Neumann 3, zusammen K 58.64

Summe der Büchsenlieferungen K 175.05

„Hilf: Hilf K 3616.05
Zusatz: Hilf K 174.617.75

„Gesamtsumme bis 23. August 1921 K 178.233.80

„Materialien: M. Schmitz 8,
Lundenburg 170, Zabre 212, zu-
sammen K 340.—

Zur jüdischen Literatur.

Jeder, der den Versuch macht, zu den Ge-
heimnissen des Judentums vorzudringen, geht
dabei in die größten Schwierigkeiten aus Mangel
an geistiger Anleitung. Jemand für den, der die
Sprache der Originale nicht beherrscht, ist es in-
unmöglich, sich zurechtzufinden. Der jüdische Be-
trag hat es übernommen, mit zwei Herausgebern
den hier unerschlossenen Bereich zu erschließen. Von
Simon Bernfeld, einem der besten Kenner
des jüdischen Schrifttums, erschien eine „Ein-
führung in die jüdische Literatur“
(zuerst Teil 1: Bibel, Talmud und jüdisch-
gesellschaftliches Schrifttum), das dieses Gebiet zum
ersten Male unter modernen und zugleich jüdi-
schen Gesichtspunkten behandelt. Joseph
Kauzner gibt eine „Geschichte der
neuhebräischen Literatur“ mit klarer
Erläuterung der einzelnen Epochen und Richtun-
gen sowie mit anschaulichen kurzen Charakteristi-
ken der wichtigsten Schriftsteller des jüdischen
Schrifttums, eines Mapu, Smolenski, Bor-
ton, Abrah. Sam, Mendels, Perez, Wislitz u. a.
Die beiden Bände sind jetzt des möglichen Preises
(Dr. M. 17.—, geb. M. 22.—, Dr. M. 15.—,

Dr. M. 20.—) sehr gut ausgestattet, so daß sie
nicht nur als Lehr- und zum Studium auch zu Ge-
heimnissen eignen.

Von Jakob Altmann „Hermann
Cohen“ erscheint jetzt im jüdischen Verlag
eine zweite verbesserte Auflage, die allen empfoh-
len sei, die den Erwerb der ersten Auflage ver-
absäumt haben, die aber auch den Besitzern der
ersten Auflage wegen ihrer wertvollen Ergänzung
höchst willkommen sein wird. Man wird sich
erinnern, wieviel Beachtung das Werk damals im
jüdischen Publikum aller Richtungen gefunden hat,
begeisterte Zustimmung und lebhaften Wiber-
spruch, aber einen Widerspruch, der bewies, daß es
sich hier um eine geistige Auseinandersetzung von
prinzipieller Bedeutung handelt. Je mehr Her-
mann Cohen als Repräsentant einer bestimmten
Epochen der jüdischen Geistesgeschichte erscheint, um
so mehr verlohnt es sich für jeden einzelnen, zu
diesem Buche über ihn Stellung zu nehmen.
(Preis Dr. M. 16.—, geb. M. 21.—)

Konturs

In der israel. Kultusgemeinde Mährisch-
Weiskirchen ist die Stelle eines

Kantors

zu besetzen. Derselbe hat die Funktion eines Vor-
bers, Schachet, Kora, und die jüdischen Arbeit-
en der Kultusgemeinde zu versehen ferner den
jüdischen Unterricht zu erteilen. Bewerber,
welche jüdisch-slawische Staatsbürger sein müs-
sen, wollen Offerten mit ihren Gehaltsansprüchen
an den Vorstand der israel. Kultusgemeinde
Mährisch-Weiskirchen einreichen. Nachspesen
werden nur dem zum Probevortrag Berufenen
vergütet.

Der Kultusvorsteher: Sigmund Benisch.

Zur Beachtung!

Verwendet bei allen sich
bietenden Gelegenheiten

nur

Nationalfonds-Telegramme

Alleinverkauf für Mähr.-Ostrau:
Heilman Kohn & Söhne, Haupt-
straße, Trafik Adler, Große Gasse,
Kunst- und Verlagsbuchhand-
lung „Halvri“, Chelickygasse 7.

Zweimal wöchentlich

Informiert Sie über die Erscheinungen
des gesamten jüdischen Lebens

Die jüdische Rundschau

aus den Organen der deutschen Zionisten.
Original-Korrespondenten in Palästina
und in allen jüdischen Zentren der Welt

Unabhängige Berichterstattung.

Die theoretischen Grundfragen des Zi-
onismus und des Judentums werden von den
besten jüdischen Schriftstellern
behandelt.

Abonnements nimmt nur die Expedition
der „Jüdischen Rundschau“ entgegen. Be-
zugspreis für Mähr. 25 K pro Quartal.
Redaktion und Verlag: Berlin W. 15,
Chelickygasse 8.

Jüdische Literatur

Jüd. Geschichte u. Quellschriften

Baron, Wiener Kongress	K 18.—
Die Israel. Rettung der Juden	6.—
Zukunft, Neue Weltanschauung des jüdischen	128.—
Volkes, 2 Bände, gebunden	10.—
Edm.	15.—
Krei, Jüdisches Gend in Wien, Mähr.,	6.—
George, Moses, gebunden	4.—
Mayer, Wiener Juden	18.—
Müller, Der Schar und seine Lehre, geb.	22.50
In bestehen durch das Jüdische Zentralkomitee	18.—
(Pressekommission), Mähr.-Ostrau, Langgasse 24, der	
Nachnahme oder gegen Voreinsendung des Betrages.	

Echte Gebirgsweine

per Liter K. 24.—

zu haben bei

Hermann Immerglück,

Oderberg.

Inseriert im

Jüdischen Volksblatt

Der einzige offizielle Bericht über den XII.
Zionistenkongress in Karlsbad erscheint in der

Kongreßzeitung

herausgegeben vom Büro des XII. Zionistenkongresses

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sabbaths früh
morgens mit dem gehauen ausführlichen Bericht über
die Verhandlungen des vorhergehenden Tages.
Zusendung unter Kreuzband direkt an die Besteller.
Abonnement auf die Gesamtausgabe (8-10 Nummern)
zum Preise von K. 20.— sind unter Einwendung des
Betrages aufzugeben an die
Redaktion des „Jüdischen Volksblatt“
in Mährisch-Ostrau, Lufasgasse Nr. 6.

En gros

Solideste Bezugsquelle für

En detail

Talassim, Seide und Wolle, von 200 K aufwärts
Machsorim, zweiteilig, fünfteilig, neunteilig 40 K aufwärts
Tchines 8 K, Gebetbücher aller Ausgaben 3 K aufwärts.
ESROGIM, LULOWIM, NADASSIM.
Verlagsbuchhandlung „HALVRI“ (Dr. R. Färber),
Mähr.-Ostrau, Chelickygasse 7, II. St.

„Allgemeiner Zeitungs-Verlag“ Gf. u. b. H. — Verantwortlich Josef Stolle, Diersdorf.

HEINRICH SÜSSER,



Kassenfabrik
Schaufelwerk

MAHR.-OSTRAU

Israelitische Kultusgemeinde, Bohrlitz.

Konturs.

Bei der israel. Kultusgemeinde Bohrlitz ge-
langt die derzeit unbefestigte Stelle eines

Rabbiners und Predigers

zur Besetzung. Bewerber, welche den geforderten
Bedingungen entsprechen, haben für den Fall der
Anstellung auch den Religionsunterricht an der
Volks- und Bürger Schule zu erteilen.

Gehalt nach Uebereinkommen.

Gesuche sind bis zum 15. September d. J.
an den Vorstand der israel. Kultusgemeinde
Bohrlitz zu richten. Reisepesen werden nur dem
Akzeptierten vergütet.

Bohrlitz, 22. August 1921.

Der Kultus-Vorsteher.
Hermann Schnabl.

Allen Frauen

welche an Blutstörungen und Unregelmäßigkeiten in
der Periode leiden, helfe ich in jedem Falle durch
mein altes, anerkanntes wirksames „Ergän-
zungsmittel. Garantiert nachweislich u. ohne Verursachung
Schadens. Ich verleihe Ihnen überraschend schnellen
Erfolg, da mein Mittel meistens schon in den nächsten
Stunden seine Wirkung zeigt. Bei allen Mitteln, welche
durch große Mengen angeboten wurden, verlassen
Sie sich allein auf die Werbung. Wenn Sie sich daher, wenn
Ihnen wirklich geholfen sein soll, nur an mich, unter
Mitteilung, wie lange Sie schon leiden. Diskr. Be-
handlung der Nachnahme

P. Böhm, Hamburg 31, Prätoriusweg 7.

Neueste und vollkommenste

Miederleibbinde

nach ärztlicher Vorschrift.
Ersetzt auch das Mieder.
(Viele Anerkennungen)

Für und nach Schwangerschaft, Hängeleib,
Senkungen u. Operationen. Ferner Mieder,
Leibhüftenhalter

Geraehalter, Büstenhalter, amerikanische
Miederleibchen, Monatsbinden u. Reform-
hosen. Reparaturaufnahme.

Miederhaus Lebowitsch,
Troppau u. M.-Ostrau nur Hauptstr. 34.

Ausführung von elektrischen Anlagen

jeder Art. Lager von Elektromotoren, Dyna-
momotoren, Schalttafeln, Ventilatoren. Elek-
trische Installations- und Bedarfsartikel.
Ing. Max Singer, Brünn, Rosengasse Nr. 3.

Die neuesten Typenkarten

jüdischer Meister. Palästinaaufnahmen.
Marlen, sowie versch. edene Arten von
Abzügen, Broschen usw. sind zu beziehen
durch die „Sammlerle des jüdischen
National-Fonds“ für Mähren und
Schlesien, M.-Ostrau, Große Gasse 57.

Jüdischer Arbeits- markt.

Monatlich zur Ber-
eitung der Bedenklichkeit u.
Führung d. Juden. 35 J.
d. M. Karte und u. Abon-
nementen kostenlos. Mittel-
des jüdischen Bundes und
jüdischer Vereine.
Gasse 29 Bohrlitz.
Dankebald. Brünn.
21463 — Regenerie für
jüdischen Vorstand. Be-
nachrichtigen.

KAUTSCHUK- STEMPEL- ERZEUGUNG

OSKAR TORK.
Mähr.-Ostrau.
Löfferg. 2
Tel. 20314.